

Landkreis Vorpommern-Rügen

Der Kreistagspräsident



Niederschrift über die 4. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 17. März 2025

Sitzungsraum: Kulturhaus "Treffpunkt Europas", Heinrich-Heine-Straße 1a
in 18507 Grimmen

Sitzungsdauer: 17:00 - 21:47 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglied

Herr Dr. Ing. Alexander Badrow
Frau Ute Bartel
Herr Maik Bowitz
Herr Ernst Branse
Herr Ulf Braum
Frau Wenke Brüdgam
Herr Jörg Burwitz
Herr Carlos Dias Rodrigues
Herr Christian Ehlers
Herr Mirk Ewert
Herr Frank Fanter
Herr Harry Glawe
Frau Sandra Graf
Herr Martin Graupner
Herr Christian Griwahn
Herr Torsten Grundke
Herr Thomas Haack
Herr Aurel Hagen
Frau Nicole Halle
Frau Petra Harder
Frau Beatrix Hegenkötter
Herr Benjamin Heinke
Herr Thomas Huth
Herr Frank Ilchmann
Herr Marco Jahns
Frau Dr. Carmen Kannengießer
Herr Michael Kasch
Frau Kerstin Kassner
Herr Detlef Kegel
Frau Anett Kindler
Herr Siegfried Klein
Herr Holger Kliewe
Herr Sebastian Koesling
Herr Andreas Kuhn

Frau Josefine Anika Kämpers
Herr Armin Latendorf
Herr Tino Leipold
Herr Mathias Löttge
Herr Heiko Miraß
Herr Thomas Naulin
Herr Dirk Niehaus
Herr Thomas Pauketat
Herr Michael Philippen
Herr Thoralf Pieper
Frau Julia Präkel
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Jens Radtke
Herr Gerd Scharmberg
Herr Jarod Schilke
Frau Dr. Doris Schmutzer
Herr Maximilian Schwarz
Herr Dario Seifert
Herr Tommy Thormann
Frau Simone Wagner
Herr Andi Wallis
Herr Danilo Wessel
Frau Susann Wippermann
Frau Birgit Wismer
Herr Dr. Ronald Zabel
Frau Andrea Zachow
Herr Kevin Zenker
Frau Anita Zimmermann
Herr Christian Zorn

Von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kerth
Frau Kathrin Meyer
Frau Ricarda Rumpel
Frau Dörte Heinrich
Herr Frank-Peter Lender
Frau Silke Egger
Herr Bastian Köhler
Frau Anja Pfefferkorn
Frau Manuela Redlich
Frau Silvana Knoll
Frau Mandy Klemm
Frau Dr. Christine Braun

Landrat
1. Stell. d. Landrates, Beigeordnete
2. Stell. d. Landrates, Beigeordnete
Beigeordnete
FBL 4
FDL 01
amt. FGL 01.20
SB Kreistagsangelegenheiten
SB Kreistagsangelegenheiten
SB Verwaltung/Sitzungsdienst
Pressesprecherin
Gleichstellungsbeauftragte

Es fehlen:

Kreistagsmitglied

Herr Holger Gutzmann
Herr Hendrik Lastovka
Herr Marvin Müller
Herr Helmut Poppe
Herr Karsten Schneider
Frau Heike Völschow

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 16. Dezember 2024
5. Information des Kreistagspräsidenten
6. Bericht des Landrates
7. Anfragen der Kreistagsmitglieder
8. Bestellung von Frau Frauke Schüler als Stellvertreterin für die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Vorpommern-Rügen BV/4/0087
9. Benennung der Mitglieder des Volkshochschulbeirates BV/4/0096
10. 15. Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen BV/4/0057
- 10.1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BVR/FW/FR, BfS/FDP/BkW zur BV/4/0057: "Änderungen zur Hauptsatzung" A/4/0057
11. Gemeinsamer Informationsbericht des Rechnungsprüfungsamtes und Rechnungsprüfungsausschusses zur Erfüllung der Aufgaben nach § 3 Abs. 1 und 2 KPG M-V für das Jahr 2023 I/4/0009
12. Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses für die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 nach §§ 120 Abs. 1 i.V.m. 60 Abs. 5 Satz 1 KV M-V BV/4/0083

13.	Beschlussvorlage des Rechnungsprüfungsausschusses für die Entlassung des Landrates nach §§ 120 Abs. 1 i. V. m. 60 Abs. 5 Satz 2 KV M-V	BV/4/0084
14.	Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 9. Dezember 2024 zu überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2024 für die wirtschaftliche Jugendhilfe	BV/4/0067
15.	Öffentlicher Dienstleistungsauftrag über Personenverkehrsdienste im Landkreis Vorpommern-Rügen	BV/4/0073
16.	Satzung über die Benutzung der Gemeinschaftsunterkünfte des Landkreises Vorpommern-Rügen	BV/4/0056
16.1.	Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Bußgeldkatalog für Gemeinschaftsunterkünfte überarbeiten"	A/4/0056
16.2.	Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zur BV/4/0056	A/4/0058
17.	Entscheidung über die Einleitung und Ausgestaltung des Vergabeverfahrens zur Beauftragung von Bauleistungen für die Zentralisierung der "Stralsunder Standorte" der Kreisverwaltung in Stralsund CHR 67, Haus 1, Haus 2 und den Neubau	BV/4/0089
18.	Entscheidung über die Einleitung und Ausgestaltung des Vergabeverfahrens zur Beauftragung von Bauleistungen für die Errichtung Berufsschulcampus des RBB in Stralsund für ca. 61 Mio. EUR	BV/4/0088
19.	Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW/FR, CDU+ und BfS/FDP/BkW: "Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung beim Windkraftausbau"	A/4/0042
20.	Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW/FR, CDU+ und BfS/FDP/BkW: "Appell an die Bundes- und Landesregierung das "Wind-an-Land-Gesetz" zu überarbeiten oder aufzuheben"	A/4/0043
20.1.	Änderungsantrag der Kreistagsfraktion AfD zum Antrag A/4/0043	A/4/0059
21.	Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW/FR und BfS/FDP/BkW: "Erhöhung der Sicherheit bei Veranstaltungen"	A/4/0044
22.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BVR/FW/FR und BfS/FDP/BkW: "Einholung der Untersuchungsergebnisse zum Planfeststellungsverfahren der B96 und Einsatz für digitale Schilder mit Sensoren"	A/4/0045
23.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BVR/FW/FR, BfS/FDP/BkW: "Schaffung und Koordination von Arbeitsgelegenheiten für Leistungsberechtigte im Landkreis Vorpommern-Rügen"	A/4/0046
24.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BVR/FW/FR, BfS/FDP/BkW: "Integration der Busfahrpläne der VVR in Google Maps"	A/4/0041
25.	Antrag der Kreistagsfraktion CDU+: "Einrichtung einer Rufbuslinie auf der Strecke der Linie 320 Grimmen-Süderholz-Greifswald"	A/4/0047
26.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BVR/FW/FR, SPD, B90/GRÜNE+DIE PARTEI: "Aussetzung der Trichinengebühr für die Jägerschaft"	A/4/0048
27.	Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Übernahme der Kosten für die Trichinenbeschau"	A/4/0055
28.	Antrag der Kreistagsfraktionen SPD, CDU+, DIE LINKE,	A/4/0049

- B90/GRÜNE+DIE PARTEI, BVR/FW/FR: "Unterstützung des Aktionsbündnis "Vorpommern-Magistrale beschleunigen" und Medienpräsenz"
29. Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE+DIE PARTEI: "Klare Kommunikation und Einhaltung der Pflanzenabfallverordnung hinsichtlich der Ausnahmeregelung zur Verbrennung von Pflanzenabfall" A/4/0050
30. Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Verzicht auf sogenannte Gender-sprache im Landkreis Vorpommern-Rügen" A/4/0051
31. Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Migrationspolitik zur Chefsache erklären und monatliche Transparenzberichte einführen" A/4/0052
32. Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Verkehrssicherheit verbessern-Einführung einer Tempo-30-Zone in Klausdorf" A/4/0053
33. Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Geschäftsbeziehungen mit der Nord Stream 2 AG aufrechterhalten!" A/4/0054
34. Mitteilungen
- Nichtöffentlicher Teil -**
35. Grundstücksangelegenheiten- Ankauf von Grundstücken zur Erweiterung der Feuerwehrtechnischen Zentrale BV/4/0082
36. Ermächtigung des Landrates für die Unterzeichnung eines Zuwendungsvertrages BV/4/0078

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kreistagspräsident Kuhn eröffnet die 4. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde, 55 von 69 Mitgliedern anwesend sind und damit die Beschlussfähigkeit besteht.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Kreistagspräsident Kuhn weist daraufhin, dass von den öffentlichen Sitzungen des Kreistages Film- und Tonaufnahmen angefertigt werden, die live ins Internet eingestellt werden. Daher bitte er an der Fragestunde für Einwohner/innen teilnehmende Personen und sonstige Dritte, die weder in Ausübung eines Mandates als Mitglied des Kreistags im Rahmen eines Dienstverhältnisses zum Landkreis an der Sitzung teilnehmen, eine schriftliche Einwilligung zur Übertragung oder Aufzeichnung des Redebeitrages beim Kreistagsbüro abzugeben. Liegt keine Einwilligung vor, wird die Übertragung unterbrochen.

Herr Kreitlow, Einwohner aus Ribnitz-Damgarten, erfragt, ob es seitens des Landkreises Vorpommern-Rügen Möglichkeiten für die Unterstützung des Mahnmals in Ribnitz-Damgarten gebe.

Herr Landrat Dr. Kerth teilt mit, dass dies Aufgabe der Kommune sei, der Landkreis jedoch jederzeit für die Beratung der Kommune zur Verfügung stehe.

Weitere Einwohneranfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Kreistagspräsident Kuhn informiert über folgende Änderungen der Tagesordnung:

- die zuvor angekündigte Zurückziehung des TOP 23 der Kreistagsfraktion CDU+ entfällt, somit bleibt der TOP 23 auf der Tagesordnung
- die Kreistagsfraktion CDU+ habe einen Änderungsantrag zum TOP 10 gestellt
- die Kreistagsfraktion DIE LINKE habe einen Änderungsantrag zum TOP 16 gestellt
- die Kreistagsfraktion AfD habe einen Änderungsantrag zum TOP 20 gestellt
- die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE + DIE PARTEI habe einen Änderungsantrag zum TOP 25 gestellt
- zum TOP 16 habe die Verwaltung die Anlage 1 der Beschlussvorlage angepasst

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die Änderungen.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt mehrheitlich zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die geänderte Tagesordnung.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt der geänderten Tagesordnung mehrheitlich zu.

4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 16. Dezember 2024

Der Kreistag Vorpommern-Rügen nimmt die Niederschrift vom 16. Dezember 2024 zur Kenntnis.

5. Information des Kreistagspräsidenten

Herr Kreistagspräsident Kuhn informiert, dass Herr Ralf Klingschat aus der Fraktion BfS/FDP-BkW sein Kreistagsmandat niedergelegt habe und Thoralf Pieper nun als neues Kreistagsmitglied begrüßt werde.

Herr Kreistagspräsident Kuhn gibt die Beschlüsse des nichtöffentlichen Sitzungsteil der letzten Kreistagssitzung bekannt.

6. Bericht des Landrates

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass aufgrund des Wunsches der *Bürgermeister/innen* am 8. April 2025 ein *Workshop* stattfinden, wo der Landkreis berät, wie man die neuen Möglichkeiten nutzen könne, die der Gesetzgeber geschaffen habe, um Geflüchtete in den Arbeitsmarkt einzuführen.

Weiterhin führt **Herr Landrat Dr. Kerth** zum aktuellen Stand des *IT-Sicherheitsvorfalls* aus, dass der Abbau mancher Arbeitsrückstände große Probleme bereite und noch einige Zeit in Anspruch nehmen werde. Das agieren der Verwaltung

in einer roten und grünen Zone führe in der Praxis zu erheblichen Arbeitsverkomplizierungen.

Zu der Kritik aus dem letzten Kreisausschuss, wann das *Ratsinformationssystem* wieder funktioniere, teilt **Herr Landrat Dr. Kerth** mit, dass die Inbetriebnahme für Ende April geplant sei.

Zum Thema *Haushaltsgenehmigung* führt **Herr Landrat Dr. Kerth** aus, dass diese noch ausstehe. Die anderen Landkreise seien mit ihren Haushalten und Nachtrags Haushalten beim Land vorstellig geworden seien. Daraus schließe die Verwaltung derzeit, dass eventuell ein Kurswechsel beim Land stattgefunden haben könnte. Aus diesem Grund rechnen wir, anders als erwartet, mit einer Haushaltsgenehmigung, allerdings möglicherweise mit Auflagen.

Außerdem gehe **Herr Landrat Dr. Kerth** kurz auf einen OZ-Artikel ein, der sich mit der Frage beschäftigt habe, ob sich der Landkreis einen Campus und Neubau eines Verwaltungsstandortes leisten könne. Er betont, dass endlich gute Berufsschulbedingungen geschaffen werden müssen. Nur aus diesem Grund müsse auch der Verwaltungsstandort erweitert werden. Bei dem Projekt werde im Rahmen des geltenden Vergaberechts selbstverständlich darauf geachtet, dass regionale Unternehmen im Vordergrund stehen, um die Wirtschaft zu stärken.

Zur *aktuellen Situation aus der Ausländerbehörde* merkt **Herr Landrat Dr. Kerth** an, dass sich die Zuweisungen von Asylbewerber/innen und ukrainischen Flüchtlingen etwas beruhigt habe. Jedoch könne sich die Situation aus Erfahrung schnell wieder ändern. Aus dem Grund werde am Erhalt der Unterkünfte und an den Anmietungen der Wohnungen festgehalten. Zum 15. Februar 2025 erfolgte die Ertüchtigung einer Gemeinschaftsunterkunft in Niepars. Die Mietdauer des Objektes betrage 9 Jahre. Diese Gemeinschaftsunterkunft bestehe aus 21 Wohneinheiten mit einer Kapazität von 93 Plätzen. Die erste Belegung werde am 20. März 2025 mit Sieben Personen, zwei Familien aus Syrien, erfolgen. Für den 27. März 2025 sei die Zuweisung einer weiteren Familie aus Afghanistan mit fünf Personen vorgesehen. Die Betreuung der Gemeinschaftsunterkunft erfolgt werktäglich durch die Stralsunder Innovation Consult GmbH (SIC). Die Bewachung wird seit dem 15. Februar 2025 rund um die Uhr durch ein Sicherheitsunternehmen gewährleistet. Zu erwarten seien auch zukünftig ukrainische Flüchtlinge, denen prioritär Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Bezüglich der *Bezahlkarte* informiert **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass die vertraglichen und technischen Voraussetzungen für die Einführung im Landkreis Vorpommern-Rügen geschaffen wurden. Die Mitarbeiter/innen wurden dahingehend geschult. Mit der Zuweisung der ersten Personen mit einer Bezahlkarte aus der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes am 13. März 2025 erfolgt der Start im Landkreis Vorpommern-Rügen. In den nächsten Wochen werden die Bezahlkarten an alle Bezugspersonen ausgegeben. Geprüft werde parallel durch den zuständigen Fachdienst, inwieweit für ausreisepflichtige Ausländer Sachleistungen umgesetzt werden können.

Weiterhin betont **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass die *Gerüchte* um eine *Schließung des Bürgerservices in Ribnitz-Damgarten* nicht stimmen. Richtig sei, dass der Bürgerservice an diesem Standort aus Krankheitsgründen einige Tage geschlossen bleiben musste.

Zum Thema *Bodden-Klinik* merkt **Herr Landrat Dr. Kerth** an, dass sich die Situation nicht entspannt habe. Eine Klinikrettung des Bundes könne er bislang nicht bestätigen.

Abschließend bedankt sich **Herr Landrat Dr. Kerth** bei allen Wahlhelfer/innen und dem Team aus der Verwaltung für die Unterstützung bei den *Bundestagswahlen*.

7. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Herr Naulin stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass das Präsidium die Streichung des TOP 23 überprüfen solle, da dieser zunächst von der Kreistagsfraktion CDU+ zurückgezogen wurde.

Herr Kreistagspräsident Kuhn teilt mit, dass bei der Thematik kein Widerspruch bestehe. Geladen wurde die Sitzung des Kreistages mit dem TOP 23 und bei der Bestätigung der Tagesordnung habe sich die Kreistagsfraktion CDU+ dafür entschieden, diesen Punkt auch zu behandeln. Vorherige mündliche Aussagen seien dahingehend nicht relevant. Abschließend wurde die heutige Tagesordnung mit der Mehrheit der Kreistagsmitglieder beschlossen.

Frau Dr. Kannengießer erfragt den aktuellen Stand der Beschlussumsetzung des Kreistagsbeschlusses KT 49-03/2024 - Einstellung von Geldleistungen für abgelehnte Asylbewerber im Landkreis Vorpommern-Rügen.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass die Prüfungen zur Beschlussumsetzung noch nicht abgeschlossen seien und er aus diesem Grund noch nichts weiter dazu sagen könne. Das Thema sei in Bearbeitung und wurde nicht vergessen.

Herr Niehaus erfragt, wie der Landkreis Vorpommern-Rügen mit der Streiksituation umgehe und wie sich der allgemeine Verkehr und der Schülerverkehr in solchen Situationen händeln lassen.

Herr Landrat Dr. Kerth bittet den Kreistag um das Rederecht für Herrn Sehl, Geschäftsführer der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen (VVR).

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über das Rederecht.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Rederecht von Herrn Sehl einstimmig zu.

Herr Sehl teilt mit, dass die Streikbeteiligung so hoch sei, dass es nicht möglich ist den Schülerverkehr zu leisten. Auf der Insel Rügen, in der Hansestadt Stralsund und der Linie 320 wurde ein Notverkehr eingeräumt. In Nordvorpommern liege die Streikbeteiligung bei nahezu 100 %. Es sei faktisch unmöglich den Schülerverkehr sicherzustellen. Grundsätzlich werde der Streik morgen und übermorgen fortgesetzt. Ver.di habe zudem einen möglicherweise unbefristeten Streik angekündigt.

Auf Nachfrage von **Herrn Schilke** informiert **Herr Sehl**, dass sich die Mehrkosten für Personalkosten der VVR auf grob 2,5 Mio. € pro Jahr schätzen lassen.

Frau Kassner bittet um ein Bekenntnis des Landrates für die Außenstandorte der Verwaltung für die Standorte Grimmen, Ribnitz-Damgarten und Bergen auf Rügen.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass er dieses Bekenntnis auf jeden Fall geben könne. Der Verwaltungsausbau am Standort Stralsund habe keinen Einfluss auf die Außenstandorte. Mit dem Neubau werde kein Baukörper geschaffen, mit dem sich

alle Außenstandorte zusammenziehen lassen. Mit den Außenstandorten bestehe eine sehr gute Struktur im Landkreis Vorpommern-Rügen, welche beibehalten werde.

Herr Kegel bittet um Klärung, weswegen die Büsche entlang der K2 Dranske-Kuhle und entlang der B96 zwischen Sagard-Ralswiek sehr weit gestutzt worden seien und die Radwege dementsprechend auch nicht gesäubert wurden. Er bittet um Mitteilung des Grundes für diese Maßnahme.

Herr Landrat Dr. Kerth teilt mit, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

Weiterhin erfragt **Herr Kegel** wie es gehe, dass laut einem Artikel der OZ die Bauarbeiten an der Schaabe im Oktober diesen Jahres beginnen, das Konzept dazu von der Verwaltung jedoch noch nicht fertiggestellt sei.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass dahingehend wahrscheinlich Unterhaltungsmaßnahmen der Straße entlang der Schaabe gemeint seien.

Herr Leipold wünsche sich vom Landkreis Vorpommern-Rügen und den Vertretern aus Bundes- und Landesregierung, dass das System zur beitragsfreien Kita überarbeitet werde.

Herr Kreistagspräsident Kuhn informiert, dass das Thema bereits im Landkreistag diskutiert werde. Es sei eine primäre Aufgabe, die angegangen werden müsse.

Herr Landrat Dr. Kerth stimmt der Aussage des Kreistagspräsidenten zu. Auch der Städte- und Gemeindetag habe das Thema schon auf der Agenda.

Herr Glawe erfragt, ob es richtig sei, dass die Standorte der Verwaltung in Grimmen, Ribnitz-Damgarten und Bergen auf Rügen nicht geschlossen werden.

Herr Landrat Dr. Kerth versichert, dass es keine Überlegungen dahingehend gebe die Außenstandorte des Landkreises Vorpommern-Rügen zu schließen.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

8. Bestellung von Frau Frauke Schüler als Stellvertreterin für die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Vorpommern-Rügen Vorlage: BV/4/0087

Frau Schüler stellt sich den Mitgliedern des Kreistages kurz vor.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 55-04/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Frau Frauke Schüler wird als Stellvertreterin für die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Vorpommern-Rügen bestellt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Gegenstimme zugestimmt

9. Benennung der Mitglieder des Volkshochschulbeirates
Vorlage: BV/4/0096

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 56-04/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen benennt folgende Personen als Mitglieder des Volkshochschulbeirates:

auf Vorschlag des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses:

1. Frau Monika Wenzel (BVR/FW/FR)
2. Herrn Mirko Plötz (CDU+)
3. Frau Birgit Mietzner (CDU+)
4. Herrn Maik Hofmann (BfS/FDP/BkW)
5. Frau Dagmar Wischmann (AfD)

auf Vorschlag der Kreisvolkshochschule Vorpommern-Rügen:

1. Frau Julia Präkel
2. Herrn Armin Latendorf
3. Herrn Marvin Müller
4. Frau Simone Wagner und
5. Herrn Thomas Huth

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

10. 15. Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen
Vorlage: BV/4/0057

- 10.1 Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BVR/FW/FR, BfS/FDP/BkW zur**
BV/4/0057: "Änderungen zur Hauptsatzung"
. Vorlage: A/4/0057
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BVR/FW/FR, BfS/FDP/BkW.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Änderungsantrag mehrheitlich zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die Beschlussvorlage unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen.

Beschluss: KT 57-04/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die in der Anlage 1 beigefügte 15. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt folgende Änderungen der Hauptsatzung vorzunehmen:

§ 18 (10) Vergütungen, Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen aus einer Tätigkeit als Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat oder ähnlichen Organen eines Unternehmens oder einer Einrichtung des privaten Rechts sind an den Landkreis abzuführen, soweit sie den Betrag von ~~450~~ 300 EUR pro Sitzung überschreiten. Dies gilt nicht für Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit nachweislich entstanden sind. Führt die Vertreterin oder der Vertreter des Landkreises den Vorsitz in den in Satz 1 genannten Gremien, sind die Vergütungen, Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen an den Landkreis abzuführen, soweit sie den Betrag von ~~300~~ 450 EUR pro Sitzung übersteigen. Satz 2 gilt entsprechend.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

11. **Gemeinsamer Informationsbericht des Rechnungsprüfungsamtes und Rechnungsprüfungsausschusses zur Erfüllung der Aufgaben nach § 3 Abs. 1 und 2 KPG M-V für das Jahr 2023**
Vorlage: I/4/0009
-

Der Kreistag Vorpommern-Rügen nimmt den gemeinsamen Informationsbericht des Rechnungsprüfungsamtes und Rechnungsprüfungsausschusses zur Erfüllung der Aufgaben nach § 3 Abs. 1 und 2 KPG M-V für das Jahr 2023 zur Kenntnis.

12. **Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses für die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 nach §§ 120 Abs. 1 i.V.m. 60 Abs. 5 Satz 1 KV M-V**
Vorlage: BV/4/0083
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 58-04/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stellt den vom Rechnungsprüfungsausschuss und

vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss 2023 des Landkreises Vorpommern-Rügen zum 31. Dezember 2023 in der Fassung vom 20. Juni 2024 fest.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

13. **Beschlussvorlage des Rechnungsprüfungsausschusses für die Entlastung des Landrates nach §§ 120 Abs. 1 i.V.m. 60 Abs. 5 Satz 2 KV M-V**
Vorlage: BV/4/0084
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 59-04/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

14. **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 9. Dezember 2024 zu überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2024 für die wirtschaftliche Jugendhilfe**
Vorlage: BV/4/0067
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 60-04/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 9. Dezember 2024 zur Zustimmung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2024 für die wirtschaftliche Jugendhilfe in Höhe von 1.697.000 EUR.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

15. **Öffentlicher Dienstleistungsauftrag über Personenverkehrsdienste im Landkreis Vorpommern-Rügen**
Vorlage: BV/4/0073
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 61-04/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen beauftragt den Landrat, den öffentlichen-rechtlichen Vertrag über Personenverkehrsdienste mit der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR) zur Erbringung von Leistungen im sonstigen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) als Gesamtnetz im Landkreis Vorpommern-Rügen, mit einer Gültigkeit vom 1. Oktober 2025 bis 30. September 2035, abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

16. Satzung über die Benutzung der Gemeinschaftsunterkünfte des Landkreises Vorpommern-Rügen
Vorlage: BV/4/0056

16.1 Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Bußgeldkatalog für Gemeinschaftsunterkünfte überarbeiten"
Vorlage: A/4/0056

16.2 Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zur BV/4/0056
Vorlage: A/4/0058

Herr Schwarz nimmt aufgrund von Befangenheit gemäß § 24 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Zuschauerraum der Sitzung Platz.

Herr Schilke begründet den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion AfD.

Herr Latendorf begründet den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

Herr Glawe teilt mit, dass in den nächsten 12 Monaten geguckt werde, ob die festgelegten Beträge halten. Aus dem Grund stimme die Kreistagsfraktion CDU+ für das Verfahren, wie der Bußgeldkatalog von der Verwaltung aufgestellt wurde.

Frau Bartel merkt an, dass sie der Wortschatz der Kreistagsfraktion AfD in diesem Antrag an Kriegszustände erinnere. Der Änderungsantrag der AfD sei für die Kreistagsfraktion SPD nicht akzeptabel. Die Kreistagsfraktion SPD werde den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ebenfalls ablehnen, da man eine verbindliche Regelung in der Thematik brauche.

Herr Landrat Dr. Kerth bittet um Zustimmung der erarbeiteten Vorlage der Verwaltung, um ins Arbeiten zu kommen und keine Rechtsunsicherheiten zu schaffen. Der Landkreis Vorpommern-Rügen sei mit dem Bußgeldkatalog ein Vorreiter in dieser Angelegenheit.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion AfD.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion AfD mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die Beschlussvorlage.

Beschluss: KT 62-04/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Satzung über die Benutzung der Gemeinschaftsunterkünfte des Landkreises Vorpommern-Rügen nebst Anlagen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen zugestimmt

17. **Entscheidung über die Einleitung und Ausgestaltung des Vergabeverfahrens zur Beauftragung von Bauleistungen für die Zentralisierung der "Stralsunder Standorte" der Kreisverwaltung in Stralsund CHR 67, Haus 1, Haus 2 und den Neubau
Vorlage: BV/4/0089**
-

Herr Kasch teilt mit, dass sich nach dem letzten Kreistagsbeschluss zur Zentralisierung des Verwaltungsstandortes in Stralsund einiges, vor allem in Bezug auf die Haushaltslage, geändert habe. Das Verständnis der Bürger/innen für einen Neubau werde sicherlich unermesslich sein. Die Kreistagsfraktion AfD lehne die Beschlussvorlage ab.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass man sich bereits in einer Phase befinde, der jahrelange Planung und Beschlussfassungen durch den Kreistag vorausgingen. Hierbei geht es nicht mehr um eine Grundsatzentscheidung, sondern um die Ausgestaltung des Vergabeverfahrens. Durch die Änderung der Kommunalverfassung in Hinblick auf die Vergabeverfahren könne hier ein falsches Bild entstanden sein. Die Option, andere Gebäude für die Verwaltung zu finden, gebe es nicht.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 63-04/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Die Einleitung eines EU-weiten Vergabeverfahrens zur Beauftragung der Bauleistungen für die Standortzentralisierung der Kreisverwaltung innerhalb der Hansestadt Stralsund am Carl-Heydemann-Ring 67 als Offenes Verfahren mit folgenden Wertungskriterien: Preis zu 100%.

2. Soweit möglich, sollen nach § 3 Absatz 9 der Vergabeverordnung bis zu zwanzig Prozent der Bauleistungen als kleinere Lose im nationalen Rahmen ausgeschrieben werden.
3. Der Landrat wird mit der Durchführung des Vergabeverfahrens beauftragt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 17 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt

18. Entscheidung über die Einleitung und Ausgestaltung des Vergabeverfahrens zur Beauftragung von Bauleistungen für die Errichtung Berufsschulcampus des RBB in Stralsund für ca. 61 Mio EUR
Vorlage: BV/4/0088

Herr Naulin informiert, dass die Kreistagsfraktion AfD der Beschlussvorlage zustimmen werde. Es sei eine große Summe, die aber an der richtigen Stelle ausgegeben werde. Er sei noch immer schockiert von den Umständen an der derzeitigen Berufsschule.

Herr Heinke teilt mit, dass er bei der Besichtigung des derzeitigen Schulgebäudes mit erschrecken festgestellt habe, dass dringend Gelder in die Hand genommen werden müssen. Man müsse nicht nur dem Fachkräftemangel entgegenwirken, sondern auch schon in die Ausbildung der Fachkräfte in unserer Region investieren. Die Kreistagsfraktion CDU+ werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Scharmberg bestätigt die schrecklichen Zustände der derzeitigen Berufsschule. Er bittet alle Kreistagsmitglieder um Zustimmung der Beschlussvorlage.

Herr Löttge merkt an, dass die Kreistagsfraktion BVR/FW/FR der Beschlussvorlage ebenfalls zustimmen werde. Die Bedingungen von Bildungseinrichtungen im Landkreis müssen verbessert werden.

Frau Bartel führt aus, dass die Kreistagsfraktion SPD der Beschlussvorlage ebenfalls folgen werde.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 64-04/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Die Einleitung eines EU-weiten Vergabeverfahrens zur Beauftragung der Bauleistungen für die Errichtung des Berufsschulcampus des Regionalen Beruflichen Bildungszentrums (RBB) am Standort Lindenallee/Lübecker Allee in Stralsund als Offenes Verfahren mit folgenden Wertungskriterien: Preis zu 100%.
2. Soweit möglich, soll nach § 3 Absatz 9 der Vergabeverordnung (VgV) bis zu zwanzig Prozent der Bauleistung als kleinere Lose im nationalen Rahmen ausgeschrieben werden.

3. Der Landrat wird mit der Durchführung des Vergabeverfahrens beauftragt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

19. **Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW/FR, CDU+ und BfS/FDP/BkW: "Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung beim Windkraftausbau"**
Vorlage: A/4/0042
-

Frau Dr. Kannengießer begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Zorn merkt an, dass der Antrag gut gemeint, jedoch wirkungslos sei, da die gesetzliche Grundlage auf Bundesebene geschaffen wurde. Die Kreistagsfraktion AfD stehe klar gegen den weiteren Windkraftausbau.

Frau Hegenkötter teilt mit, dass der Antrag aufgrund von fehlender Sachkenntnis der Antragsteller erzeugt worden sei. Die im Antrag unterstellte Planungshoheit der Gemeinden im Bereich der Windenergie existiere nicht. Die Planung erfolge über die regionalen Planungsverbände. Die Praxis habe sich seit Jahrzehnten in Mecklenburg-Vorpommern bewährt. Die delegierte Aufgabe der Ausweisung von Windeignungsgebieten vereinfache das Genehmigungsverfahren, da hierbei Gebiete definiert werden, in denen die Windenergienutzung grundsätzlich möglich sei. In anderen Bereichen seien sie schlussfolgernd nicht erlaubt, nur im Ausnahmefall zulässig. Eine reine Verhinderungsplanung habe juristisch keinen Bestand. Auch ein spekulatives Abwarten halte sie für falsch. Die Kreistagsfraktion SPD werde den Antrag ablehnen.

Frau Kassner stellt im Namen der Kreistagsfraktion DIE LINKE einen Verweisungsantrag in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung.

Herr Niehaus informiert, dass das Thema nicht auf die Agenda des Kreistages gehöre, jedoch aber gehöre es dazu darüber zu sprechen. Aus seiner Sicht sei die Ausweisung der Gebiete eine sinnvolle Regelung, um einen „Wildwuchs“ entgegenzuwirken. Die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE + DIE PARTEI lehne den Antrag klar ab. Auch den nachfolgenden Antrag werde seine Fraktion ebenfalls ablehnen.

Frau Dr. Kannengießer merkt an, dass Wissenschaftler sagen, dass bei einem weiteren unkontrollierten Ausbau von erneuerbaren Energien verstärkte Dunkelflauten auftreten und immer mehr Geld ans Ausland bezahlt werden müsse, damit diese uns den Strom abnehmen. Eine vernünftige Energieplanung sei überfällig.

Herr Scharmberg bittet die Kreistagsmitglieder um Zustimmung des Antrages.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass es dem Bund nicht gelungen sei die Rahmenbedingungen beim Windkraftausbau so zu gestalten, dass nicht mal 50 % der Bevölkerung bei dem Thema jubeln. Man müsse die Argumente aus den Stellungnahmen der Gemeinden sehr ernst nehmen. Er verstehe den Antrag als Appell, um den Gemeindewillen klar zu betonen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Verweisungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Verweisungsantrag in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Antrag.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt folgendes ab:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

1. Der Kreistag Vorpommern - Rügen spricht sich gegen jede Maßnahme aus, die die kommunale Planungshoheit im Bereich der Windenergie einschränkt oder auf Landesebene zentralisiert.
2. Der Landrat wird beauftragt sich gegenüber der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern sowie in den relevanten Gremien klar für den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung in der Flächennutzungsplanung einzusetzen.
3. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, die Planungen zum Windkraftausbau so zu gestalten, dass eine echte Bürgerbeteiligung gewährleistet bleibt und die Interessen von Natur, Landschaft und Tourismus angemessen berücksichtigt werden.
4. Der Landrat wird gebeten, sich gegenüber der Landesregierung und dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern für eine Windkraftplanung mit folgenden Grundsätzen einzusetzen:
 - Die Festlegung von Windkraftgebieten muss weiterhin auf kommunaler Ebene erfolgen.
 - Die Rechte der Gemeinden bei der Flächennutzungsplanung sind zu wahren.
 - Die Interessen von Tourismus, Landwirtschaft sowie Natur- und Artenschutz müssen bei der Windkraftplanung vorrangig berücksichtigt werden.
 - Ein Windkraftausbau ohne ausreichenden Netzausbau und Speicherkapazitäten ist nicht zielführend und darf nicht auf Kosten der Bevölkerung im ländlichen Raum erfolgen.
 - Der Kreistag fordert eine offizielle Stellungnahme der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, wie sie die Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung im Bereich der erneuerbaren Energien sicherstellen will.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 29 Ja-Stimmen und 29 Gegenstimmen abgelehnt

20. **Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW/FR, CDU+ und BfS/FDP/BkW: "Appell an die Bundes- und Landesregierung das "Wind-an-Land-Gesetz" zu überarbeiten oder aufzuheben"**

Änderungsantrag der Kreistagsfraktion AfD zum Antrag A/4/0043
20.1 Vorlage: A/4/0059

Frau Dr. Kannengießer begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Kasch begründet den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion AfD.

Frau Hegenkötter merkt an, dass in Deutschland nichts unkontrolliert erfolge. Es sei ein Irrglaube, dass Kernenergie technisch und ökonomisch sinnvoll sei. Eine kWh Atomstrom koste 42 Cent, wohingegen bei erneuerbaren Energien eine kWh 4-8 Cent koste. Dem regionalen Planungsverband Vorpommern liegen tausende Stellungnahmen vor, die gesichtet werden, um dann eine Planung für Vorpommern zu erstellen. Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion AfD.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion AfD mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Antrag.

Beschluss: KT 67-04/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

5. Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich dafür aus, dass derzeit geltende „Wind-an-Land-Gesetz“ aufzuheben bzw. zu überarbeiten. Der bereits vorhandene Ausbaustand der Windkraftanlagen muss berücksichtigt werden, und die Mitspracherechte der Gemeinden und der Bürgerinnen und Bürger sind zu gewährleisten und diese sind an den wirtschaftlichen Ergebnissen zu beteiligen. Zahlungen an Anlagebetreiber für Umweltschutzmaßnahmen sind standortnah zu verwenden.

Der Landrat wird beauftragt sich bei der Landes- und Bundesregierung dafür einzusetzen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

21. Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW/FR und BfS/FDP/BkW: "Erhöhung der Sicherheit bei Veranstaltungen"
Vorlage: A/4/0044

Herr Löttge begründet den eingebrachten Antrag und stellt einen Verweisungsantrag in den Ausschuss für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz.

Herr Kegel teilt mit, dass die Kreistagsfraktion AfD die Ursachen bekämpfen wolle

und nicht dessen Auswirkungen. Nichtsdestotrotz sei ein solcher Antrag in der heutigen Zeit wichtig geworden. Erfolge seien bislang nicht wirklich sichtbar. Viele Veranstaltungen müssen abgesagt werden, aufgrund der hohen Kosten für die Sicherheitsmaßnahmen. Man müsse sich über das Thema Gedanken machen, weswegen die Kreistagsfraktion AfD einem Verweisungsantrag in den Fachausschuss zustimme.

Herr Scharmberg merkt an, dass es bei dem Antrag nicht um noch höhere Sicherheitskonzepte gehe, sondern auch um solche Überreaktionen vorzubeugen. Man müsse sich den höheren Anforderungen der inneren Sicherheit stellen und solle gut im Fachausschuss beraten werden.

Herr Griwahn informiert, dass sich die Welt gedreht habe und es in Deutschland eine klare Verteilung der Lasten und der Verantwortung gebe. Die Veranstalter seien zuständig entsprechende Sicherheitskonzepte zu erstellen und die Veranstaltung abzusichern. Dafür bedarf es keinen Kreistagsbeschluss. Veranstalter sollen künftig auch nicht von vermehrter Bürokratie abgeschreckt werden. Sein Vorschlag sei, dass der Landrat gemeinsam mit dem Innenministerium prüfe, ob die erstellten Konzepte aus Hessen ebenfalls für Mecklenburg-Vorpommern gültig seien. Die Kreistagsfraktion CDU lehne einen Verweisungsantrag ab.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung des Verweisungsantrages in den Ausschuss für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Verweisungsantrag in den Ausschuss für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz mehrheitlich zu.

22. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BVR/FW/FR und BfS/FDP/BkW: "Einholung der Untersuchungsergebnisse zum Planfeststellungsverfahren der B96 und Einsatz für digitale Schilder mit Sensoren"
Vorlage: A/4/0045

Herr Kliewe begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Zorn merkt an, dass der Antrag aus seiner Sicht überflüssig und realitätsfremd sei. Zum einen liegen die Fakten bereits auf dem Tisch und zum anderen gebe es für die digitalen Verkehrsschilder nicht die benötigte Infrastruktur, um diese Technik zu installieren. Die Kreistagsfraktion AfD lehne eine weitere Geschwindigkeitsbegrenzung ab.

Herr Niehaus teilt mit, dass die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE + DIE PARTEI den Antrag ablehnen werde, da man keinen Einfluss auf die sensorischen Verkehrsregelungen habe.

Frau Hegenkötter zitiert zu dieser Thematik aus einem Artikel des Nordkuriers vom 28. April 2022. Die Kreistagsfraktion SPD werde den Antrag ablehnen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt folgendes ab:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt,

1. unverzüglich die noch ausstehenden Untersuchungsergebnisse des Fledermausmonitorings an der B96 auf der Insel Rügen einzuholen und den Kreistag entsprechend zu informieren.
2. sich bei den zuständigen Stellen für die Einführung digitaler Verkehrsschilder mit Sensortechnik einzusetzen, um die Verkehrssteuerung und -sicherheit sowie auch den notwendigen Artenschutz zu verbessern.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

23. **Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BVR/FW/FR, BfS/FDP/BkW: "Schaffung und Koordination von Arbeitsgelegenheiten für Leistungsberechtigte im Landkreis Vorpommern-Rügen"**
Vorlage: A/4/0046
-

Herr Schwarz nimmt aufgrund von Befangenheit gemäß § 24 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Zuschauerraum der Sitzung Platz.

Herr Dr. Badrow begründet den eingebrachten Antrag.

Frau Kindler merkt an, dass die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE + DIE PARTEI dem Antrag zustimmen werde.

Frau Zimmermann bittet darum, dass nicht nur die Konzepterarbeitung mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung erfolgen solle, sondern auch mit dem Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Jobcenter.

Frau Kassner macht darauf aufmerksam, dass die Deckungsquelle in dem gestellten Antrag fehle.

Herr Löttge teilt mit, dass man die Trägerstrukturen die es noch im Landkreis Vorpommern-Rügen gebe, versuchen sollte einzubinden. Er halte außerdem die Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung und dem Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Jobcenter ebenfalls für sinnvoll.

Herr Landrat Dr. Kerth weist auf die rechtlichen Bedenken bei der Umsetzung dieses Antrages hin.

Die **Kreistagsfraktion CDU+** bittet den Kreistagspräsidenten Kuhn um eine kurze Unterbrechung.

Herr Kreistagspräsident Kuhn gewährt eine 5-minütige Unterbrechung der Sitzung.

Die Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen wird für 5 Minuten unterbrochen.

Herr Dr. Badrow stellt folgenden Änderungsantrag im Namen der Kreistagsfraktion CDU+:

„Der Landrat wird beauftragt:

1. Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Absatz 1 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) für Leistungsberechtigte zu schaffen. Es ist ein Konzept zu erarbeiten und nach Vorstellung im Wirtschaftsausschuss umzusetzen, in welches die sozialen Träger einbezogen werden.
2. Auf Grundlage des § 16d SGB II ein Konzept für Arbeitsgelegenheiten für erwerbsfähige Leistungsberechtigte von Bürgergeld insbesondere anerkannte Asylbewerber in Kooperation mit dem Jobcenter und den sozialen Trägern zu erarbeiten.
3. Als Dienstleister sollen die vier Beschäftigungsgesellschaften, die sich in der Transformation im Landkreis Vorpommern-Rügen befinden, beauftragt werden. **Weiterhin soll die Region Rügen Berücksichtigung finden.**
4. Etwaige finanzielle Mittel für die Koordination der Arbeitsgelegenheiten sind im Haushaltsplan 2025 ff. des Landkreises Vorpommern-Rügen aufzunehmen. Es ist hierbei zu prüfen, welche Refinanzierungsmöglichkeiten durch Bund und Land bestehen.
5. Der Kreistag Vorpommern-Rügen ist fortlaufend über den Sachstand der Konzepterarbeitung, Durchführung sowie aller weiteren Belange zu informieren. Der Wirtschaftsausschuss und der Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen soll das Thema fachlich begleiten.

Der Wirtschaftsausschuss und der Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen soll das Thema fachlich begleiten.“

und begründet diesen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU+.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU+ mehrheitlich zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung des Antrages unter Berücksichtigung des beschlossenen Änderungsantrages.

Beschluss: KT 68-04/2025

Der Landrat wird beauftragt:

6. Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Absatz 1 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) für Leistungsberechtigte zu schaffen. Es ist ein Konzept zu erarbeiten und nach Vorstellung im Wirtschaftsausschuss umzusetzen, in welches die sozialen Träger einbezogen werden.
7. Auf Grundlage des § 16d SGB II ein Konzept für Arbeitsgelegenheiten für erwerbsfähige Leistungsberechtigte von Bürgergeld insbesondere anerkannte Asylbewerber in Kooperation mit dem Jobcenter und den sozialen Trägern zu erarbeiten.

8. Als Dienstleister sollen die vier Beschäftigungsgesellschaften, die sich in der Transformation im Landkreis Vorpommern-Rügen befinden, beauftragt werden. **Weiterhin soll die Region Rügen Berücksichtigung finden.**
9. Etwaige finanzielle Mittel für die Koordination der Arbeitsgelegenheiten sind im Haushaltsplan 2025 ff. des Landkreises Vorpommern-Rügen aufzunehmen. Es ist hierbei zu prüfen, welche Refinanzierungsmöglichkeiten durch Bund und Land bestehen.
10. Der Kreistag Vorpommern-Rügen ist fortlaufend über den Sachstand der Konzepterarbeitung, Durchführung sowie aller weiteren Belange zu informieren. Der Wirtschaftsausschuss **und der Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen** soll das Thema fachlich begleiten.

Der Wirtschaftsausschuss **und der Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen** soll das Thema fachlich begleiten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

-
24. **Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BVR/FW/FR, BfS/FDP/BkW: "Integration der Busfahrpläne der VVR in Google Maps"**
Vorlage: A/4/0041

Frau Präkel begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Braum weist daraufhin, dass der Mobilitätsausschuss das Thema bereits auf der letzten Sitzung behandelt habe. Er zitiert aus der Niederschrift der angesprochenen Sitzung. Der Mobilitätsausschuss habe sich einstimmig entschieden die Beratung auf die nächste Sitzung zu vertagen, um auf die Ergebnisse der noch offenen Anfragen an Google zu warten. Die Kreistagsfraktion AfD lehne den Antrag ab, da die Beratung im Mobilitätsausschuss noch offen sei und ggf. ein Beschluss getroffen werde, den die Verwaltung möglicherweise nicht umsetzen kann, da die Möglichkeiten dazu fehlen.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass eine Umsetzung zur Sommersaison diesen Jahres nach Rücksprache mit dem Geschäftsführer der VVR nicht möglich sei. Die ersten Überlegungen gehen dahin sich auf touristische Hotspots zu konzentrieren. Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 69-04/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass die Busfahrpläne der kreiseigenen Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR) in Google Maps eingetragen und regelmäßig aktualisiert werden. Ziel ist es, die Integration bis spätestens Ostern 2025 zu erreichen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

25. Antrag der Kreistagsfraktion CDU+: "Einrichtung einer Rufbuslinie auf der Strecke der Linie 320 Grimmen-Süderholz-Greifswald"
Vorlage: A/4/0047

Herr Jahns begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion CDU+.

Herr Niehaus begründet den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE + DIE PARTEI.

Herr Wallis stellt im Namen der Kreistagsfraktion SPD einen Verweisungsantrag in den Mobilitätsausschuss auf die nächste Sitzung am 25. März 2025.

Herr Kegel merkt an, dass die Kreistagsfraktion AfD die Notwendigkeit des Antrages nicht sehe. Für die Errichtung eines Rufbusses auf der Linie benötige es Ressourcen, die nicht vorhanden seien. Sie begrüßen jedoch eine zügige Umsetzung des geplanten Stundentaktes.

Herr Latendorf informiert, dass die Kreistagsfraktion DIE LINKE den Antrag befürworte und einen Verweisungsantrag als nicht nötig ansehe. Da die Linie im öDA schon festgeschrieben sei, stelle er sich die Frage, ob die Finanzierung damit auf dieser Linie schon sichergestellt sei.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung des Verweisungsantrages der Kreistagsfraktion SPD in den Mobilitätsausschuss.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Verweisungsantrag in den Mobilitätsausschuss mehrheitlich zu.

26. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BVR/FW/FR, SPD, B90/GRÜNE+DIE PARTEI: "Aussetzung der Trichinengebühr für die Jägerschaft"
Vorlage: A/4/0048

Herr Ehlers begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Kasch merkt an, dass zwei fast identische Anträge in diesem und im nächsten Punkt behandelt werden. Der einzige Unterschied sei der Zeitraum. Der Kreistagsfraktion AfD sei ein Zeitraum von einem Jahr zu wenig, weswegen sie diesen Antrag ablehnen werden.

Herr Heinke teilt mit, dass der Antrag gezielt nur für 12 Monate gestellt wurde auf Hinblick der Entwicklung des Haushaltes. Verwaltungsseitig gab es auch den Hinweis, dass ein Beschluss über einen längeren Zeitraum rechtlich nicht so einfach sei.

Herr Scharmberg informiert, dass durch die milden Winter der vergangenen Jahre eine erhöhte Schwarzwildpopulation auftrete. In der Folge stelle man an die Jägerschaft die Anforderung den Schwarzwildbestand möglichst gering zu halten. Aus diesem Grund bitte er um eine breite Zustimmung des Kreistages, um die Jäger dahingehend zu unterstützen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 70-04/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, die Erhebung der Trichinengebühr für die Jägerschaft - wie in den vergangenen Jahren auch - für 2025 auszusetzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

27. **Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Übernahme der Kosten für die Trichinenbeschau"**
Vorlage: A/4/0055
-

Herr Kasch begründet den eingebrachten Antrag.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt folgendes ab:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Kosten für die Trichinenbeprobung für Schwarzwild werden auch weiterhin vom Landkreis Vorpommern-Rügen getragen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

28. **Antrag der Kreistagsfraktionen SPD, CDU+, DIE LINKE, B90/GRÜNE+DIE PARTEI, BVR/FW/FR: "Unterstützung des Aktionsbündnis "Vorpommern-Magistrale beschleunigen" und Medienpräsenz"**
Vorlage: A/4/0049
-

Herr Miraß begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Haack stimmt den Begründungen seines Vorredners zu. Die Kreistagsfraktion BfS/FDP/BkW werde dem Antrag zustimmen. Die Fraktion habe den Antrag jedoch nicht mitgezeichnet, weil gerade die Parteien der Antragsteller schuld seien, dass bis heute dahingehend nichts passiert sei.

Herr Zorn teilt mit, dass sich die Kreistagsfraktion AfD klar zu der Verbesserung der

Bahninfrastruktur in Vorpommern bekenne. Der vorliegende Antrag weist jedoch einige Fragen auf. Bemerkenswert sei aus seiner Sicht außerdem, dass die SPD und die GRÜNEN nun eine Verbesserung der Bahnanbindung wollen, wo doch genau diese Parteien maßgeblich für das LNG Terminal vor der Küste Rügens verantwortlich seien. Die Kreistagsfraktion AfD lehne den Antrag ab.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 71-04/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Landrat wird beauftragt, stellvertretend für den Landkreis, dem Aktionsbündnis „Vorpommern-Magistrale beschleunigen“ beizutreten und in seiner Funktion die Tätigkeit des Aktionsbündnisses zu unterstützen.
2. Der Landrat wird beauftragt die Öffentlichkeit auf den ihm zur Verfügung stehenden Kanälen sowie über Pressemitteilung und Intranet zur Unterzeichnung der vom Aktionsbündnis eingereichten Bundestagspetition aufzurufen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

29. **Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE+DIE PARTEI: "Klare Kommunikation und Einhaltung der Pflanzenabfallverordnung hinsichtlich der Ausnahmeregelung zur Verbrennung von Pflanzenabfall"**
Vorlage: A/4/0050
-

Herr Niehaus begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE + DIE PARTEI.

Herr Zorn informiert, dass sich die Kreistagsfraktion AfD gegen den gestellten Antrag ausspreche. Sie seien grundsätzlich mit der aktuellen Fassung der Verordnung zufrieden.

Herr Ehlers merkt an, dass die Kreistagsfraktion CDU+ die Notwendigkeit des Antrages nicht sehe. Es sei vor allem für die Bürger/innen im ländlichen Raum nicht zumutbar den Baumschnitt zum Recyclinghof zu fahren oder klein zu schreddern. Die CDU+ werde den Antrag ablehnen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt folgendes ab:

Der Landrat wird beauftragt, die Regelung der PflanzAbfLVO M-V zur Verbrennung von Pflanzenabfällen deutlich auf der Homepage des Landkreises zu platzieren und eine weiterführende Information der Bürger*innen zur Regelung zu initiieren bspw. durch ein Statement in der Presse oder durch einen Newsletter. Weiterhin wird der Landrat beauftragt, die bestehende Regelung in der PflanzAbfLVO M-V ordnungsrechtlich aktiv durchzusetzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

30. Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Verzicht auf sogenannte Gendersprache im Landkreis Vorpommern-Rügen"
Vorlage: A/4/0051

Herr Thormann begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion AfD.

Frau Brüdgam teilt mit, dass man mit Sprache Bilder erzeugen könne und damit Realitäten schaffe. Die sprachliche Unsichtbarmachung von Frauen mache deutlich welches Frauenbild die antragstellende Fraktion habe und verhindern somit, dass Frauen sichtbar seien. Die Formeln die heute benutzt werden halte sie für eine wunderbare Lösung. Außerdem biete das Handbuch der deutschen Rechtsförmlichkeit viele Möglichkeiten und weist auf neutrale Begrifflichkeiten hin.

Herr Braum verdeutlicht, dass der Antrag Grundgesetzkonform sei.

Herr Löttge stellt im Namen der Kreistagsfraktion BVR/FW/FR folgenden Änderungsantrag:

„Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

~~Die Kreisverwaltung verzichtet zukünftig auf die Verwendung der sogenannten gendergerechten Sprache“ und verwendet in der internen Kommunikation und offiziellen Schreiben ausschließlich das generische Maskulinum.“~~

Der Landrat wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass sich kreisliche Einrichtungen und Betriebe im Schriftlichen wie Mündlichen konsequent an die Vorgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung halten, der Verfremdung der deutschen Sprache als Bestandteil der kulturellen Identität entgegenwirken und das Vermeiden der sogenannten Gendersprache. Des Weiteren ist sicherzustellen, dass die Maßgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung den mündlichen wie schriftlichen Sprachgebrauch bestimmen, weil sie den Erfordernissen einer sprachlichen Widerspiegelung der Geschlechtergerechtigkeit hinlänglich entsprechen und gesamtgesellschaftlich akzeptiert sind.“

und begründet diesen.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um 20:55 Uhr um Abstimmung, ob die Sitzung gemäß §6 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Kreistages Vorpommern-Rügen bis zur vollständigen Abarbeitung der Tagesordnung fortgesetzt werden solle.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt der Fortsetzung mehrheitlich zu.

Frau Dr. Braun ergänzt den Redebeitrag von Frau Brüdgam mit den Statistiken aus der Verwaltung des Landkreises Vorpommern-Rügen. Der Landkreis habe bereits eine Festlegung zur sprachlichen Gleichbehandlung von Frauen und Männern, die sich an dem Rat der deutschen Rechtschreibung orientiert.

Herr Kreistagspräsident Kuhn unterbricht die Sitzung des Kreistages für 2 Minuten. *Die Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen wird von 21:01 Uhr bis 21:03 Uhr unterbrochen.*

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung des Änderungsantrages der Kreistagsfraktion BVR/FW/FR.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Änderungsantrag der Kreistagsfraktion BVR/FW/FR mehrheitlich zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung des Antrages unter Berücksichtigung des beschlossenen Änderungsantrages.

Beschluss: KT 72-04/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Kreisverwaltung verzichtet zukünftig auf die Verwendung der sogenannten „gendergerechten Sprache“ und verwendet in der internen Kommunikation und offiziellen Schreiben ausschließlich das generische Maskulinum.“

Der Landrat wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass sich kreisliche Einrichtungen und Betriebe im Schriftlichen wie Mündlichen konsequent an die Vorgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung halten, der Verfremdung der deutschen Sprache als Bestandteil der kulturellen Identität entgegenwirken und das Vermeiden der sogenannten Gendersprache. Des Weiteren ist sicherzustellen, dass die Maßgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung den mündlichen wie schriftlichen Sprachgebrauch bestimmen, weil sie den Erfordernissen einer sprachlichen Widerspiegelung der Geschlechtergerechtigkeit hinlänglich entsprechen und gesamtgesellschaftlich akzeptiert sind.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

31. Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Migrationspolitik zur Chefsache erklären und monatliche Transparenzberichte einführen" Vorlage: A/4/0052

Herr Rodrigues begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion AfD.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass die Verwaltung ohnehin schon gut informiere und kein Problem damit habe die Zahlen monatlich zur Verfügung stellen, da die Verwaltung transparent nach Außen arbeite.

Herr Glawe stellt fest, dass die Verwaltung alle angesprochenen Themen ausreichend beantwortet habe und mit den Bürgern/innen und der Politik dazu Gespräche

geführt habe. Transparenz sei wichtig, es müsse jedoch auch eine Aufklärung stattfinden, um bei den Bürgern/innen nicht nur Angst zu schüren. Er sei für die Umsetzung und gute Arbeit dahingehend dem Landrat und Frau Meyer als zuständige Beigeordnete und Fachbereichsleitung sehr dankbar.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt folgendes ab:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, die Migrationspolitik des Landkreises zur Chefsache zu erklären und mehr Transparenz durch die Einführung eines monatlichen Migrationsberichts zu schaffen. Der Bericht soll durch die Verwaltung erstellt und sowohl den Fraktionen des Kreistags zugestellt als auch auf den offiziellen Kanälen des Landkreises veröffentlicht werden, damit jeder Bürger Einblick in die relevanten Entwicklungen erhält.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

32. **Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Verkehrssicherheit verbessern-Einführung einer Tempo-30-Zone in Klausdorf"**
Vorlage: A/4/0053
-

Frau Graf begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Hagen merkt an, dass die Kreistagsfraktion CDU+ einen sicheren innerörtlichen Verkehr befürworte, der Kreistag hierfür jedoch nicht zuständig sei. Wichtig sei außerdem, dass der Antrag so nicht umsetzbar sei, da er gegen § 45 der Straßenverkehrsordnung verstoße. Als Lösungsvorschlag könne die Gemeinde als Gebietskörperschaft einen Antrag dahingehend auf Beschilderung stellen.

Herr Wallis stimmt seinem Vorredner zu. So gern er den Antrag auch unterstützen wollen würde, sei der Kreistag dafür nicht der richtige Adressat.

Frau Graf fügt hinzu, dass die Gemeinde in Klausdorf nach ihren Angaben bereits mehrfach versucht habe, eine 30-er Zone zu beantragen, das Problem mit der Genehmigung wohl beim Landkreis liege.

Herr Scharmberg informiert, dass die Verkehrsbehörde nach der Örtlichkeit entscheide, ob ein Antrag der Gemeinde umsetzbar und mit dem Recht vereinbar sei. Der Kreistag könne dieser Behörde keine Aufträge erteilen. Es liege in den Händen der Gemeinde der Behörde glaubhaft zu machen, dass ihr Antrag wirklich realistisch sei.

Herr Landrat Dr. Kerth warnt vor den Folgewirkungen eines solchen Beschlusses. Da

es den übertragenen Wirkungsbereich betreffe, müsse er dem Beschluss möglicherweise widersprechen.

Herr Schilke merkt an, dass es ein starkes Interesse der Einwohner/innen vor Ort dazu gebe und er bitte den Landrat unabhängig von der Abstimmung sich dieser Thematik anzunehmen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt folgendes ab:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Einführung einer Tempo-30-Zone in der Prohner Straße in Klausdorf, von der Einfahrt zur Feuerwehr bis zur Ausfahrt des „Vorpommernhus“. Die Umsetzung soll schnellstmöglich erfolgen, um die Verkehrssicherheit in diesem Bereich nachhaltig zu verbessern.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

33. **Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Geschäftsbeziehungen mit der Nord Stream 2 AG aufrechterhalten!"**
Vorlage: A/4/0054
-

Herr Naulin begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion AfD.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass ein Missverständnis bestehe. Die Vermutung, dass die Kündigung der Konten etwas mit der Politik zu tun habe, sei absolut unzutreffend. Die Gefahr bestand, dass die Bürger/innen aus Vorpommern-Rügen indirekt oder direkt von den entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten betroffen sein könnten. Das Gut der sicheren Bankwirtschaft der Kunden müsse geschützt werden, damit spiele man nicht. Er stehe klar hinter der Einschätzung des Vorstandes der Sparkasse.

Herr Heinke folgt den Ausführungen des Landrates und bekräftigt diese. Der Antrag sei ein Angriff auf die Sparkasse und die Demokratie. Die Kreistagsfraktion CDU+ lehne den Antrag ab.

Herr Latendorf zitiert aus dem Sparkassengesetz. Dem Verwaltungsrat der Sparkasse können vom Kreistag keine Weisungen erteilt werden. Er fragt den Antragsteller von welchen bereits fortgeschrittenen Projektstatus bei Nordstream 2 die Rede sei.

Herr Scharmberg merkt an, dass er nichts davon halte, wenn sich Fraktionen untereinander Vorwürfe machen. Er stimme seinen Vorrednern jedoch zu, dass der Kreistag der Sparkasse keine Aufträge erteilen könne.

Herr Löttge teilt mit, dass er das Anliegen des Antrages gut nachvollziehen könne. Er finde es schlimm, dass mittelständische Unternehmen im Land ihr Geld nicht bekommen. Er müsse aber die Rechtslage akzeptieren. Wichtig sei, dass die Frage der Sanktionen endlich geklärt werden müsse.

Herr Glawe informiert, dass die Absicherung der Versorgung mit Gas, Öl und Energie im staatspolitischen Interesse sei. Das stehe an der höchsten Priorität, um die Wirtschaftskraft in Deutschland zu sichern.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt folgendes ab:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Die abgeordneten Mitglieder im Verwaltungsrat der Sparkasse Vorpommern werden angewiesen, sich für eine erneute Geschäftsbeziehung mit der Nord Stream 2 AG einzusetzen. Die Weisung wird im Sinne des § 14 Abs. 2 SpkG M-V erteilt.
2. Die abgeordneten Mitglieder im Zweckverband der Sparkasse Vorpommern werden angewiesen, sich für eine erneute Geschäftsbeziehung mit der Nord Stream 2 AG einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

34. Mitteilungen

Herr Kreistagspräsident Kuhn informiert, dass die nächste Sitzung des Kreistages am 19. Mai 2025 stattfindet und schließt die öffentliche Sitzung des Kreistages.

05.05.2025, gez. A. Kuhn

Datum, Unterschrift
Andreas Kuhn
Kreistagspräsident

05.05.2025, gez. A. Pfefferkorn

Datum, Unterschrift
Anja Pfefferkorn
Protokollführerin